

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

5.5.1863 (No. 105)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 5. Mai.

N. 105.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 4. Mai.

Dienstnachricht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 27. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, die auf Professor Dr. König gefallene Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg für das Studienjahr von Oftern 1863 bis dahin 1864 zu bestätigen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Mai. Das heute erscheinende Regierungsblatt Nr. 20 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Die Conventionskonvention zwischen Baden und Preußen betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Die Charakterisirung der Lehrer an den Lehr- und höheren Bürgerschulen betreffend. Daburd wird mit höchster Ermächtigung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs aus großh. Staatsministerium vom 20. v. M. verordnet: Diejenigen mit Staatsdiener-Eigenschaft angestellten Lehrer, welche die philologische oder fachwissenschaftliche Staatsprüfung abgelegt haben, haben künftig die Benennung „Professor“ zu führen. Darnach haben durch vorstehende Verordnung folgende, an den unten benannten Schulen angestellte Lehrer die Benennung „Professor“ erhalten:

A. Lyceen. I. Karlsruhe: Eduard Eisele, Karl Roth, Dr. Adolph Böhringer; II. Konstantz: Martin Schaber, Konstantz Kern, Franz Xaver Fröhe, Friedrich Eisele; III. Freiburg: Ernst Bipp, Franz Bauer, Jakob Ammann, Franz Xaver Lehmann, Julius Mayer, Leopold Dammert; IV. Heilbrunn: Karl v. Langsdorff, Robert Salzer, Erasmus Pfaff, Sebastian Böhle; V. Mannheim: Dr. Karl Johann Schmitt, Franz Krempf, Dr. Karl Deimling; VI. Rastatt: Emanuel Föster, Heinrich Selbner; VII. Wehrheim: Franz Pfalz, Hermann Schiller.

B. Gymnasien. I. Bruchsal: Franz Xaver Herrmann, Maximilian Wolf, Dr. Carl Seidenadel, Dr. Jakob Schleicher; II. Donaueschingen: August Rapp, Dr. Herwin Binnenseld; III. Zaberg: Ludwig Durban; IV. Offenburg: Dr. Joseph Weinauer, Leopold Stephan, Joseph Trunk; V. Tauberbischofsheim: Carl Theodor Büchler, Rudolph Kuhn.

C. Pädagogien. I. Durlach: August Dieb; II. Lörrach: Friedrich Müller; III. Forstheim: Georg Heinrich Arnold, Adolph Richter.

D. Höhere Bürgerschulen. I. Baden: Alexander Gebr; II. Eitenheim: Dr. Cajus Gartenhauser; III. Mannheim: Dr. August Weiler; IV. Ettlingen: Ludwig Schindler; V. Freiburg: Timotheus Merzel; VI. Weinheim: Carl Schmezer.

3) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Organisation der für die Fortsetzung des Eisenbahnbaues erforderlichen Stellen betreffend. Darnach wurden die Eisenbahnbau-Kassen zu Thiengen und Radolfszell aufgehoben,

dagegen eine Eisenbahnbau-Kasse mit dem Sitz in Donaueschingen und eine solche mit dem Sitz in Engen errichtet, welche mit dem 1. Mai d. J. ihre Funktionen beginnen werden. b) Die Eröffnung von Telegraphenstationen betreffend. Darnach werden vom 1. Mai d. J. an die neu errichteten Telegraphenstationen Gerlachshausen und Krautheim als Vereinstationen mit beschränktem Tagesdienste dem allgemeinen Verkehr übergeben. c) Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend. An den Techniker Albert Köberle in Augsburg (für eine von ihm erfundene eigenthümlich konstruirte Maschine zum Pressen von Ziegeln, Möhren und Torf), und an Hrn. Heinrich Krause in Mainz (für einen von ihm erfundenen Gasbrenner mit selbständigem Abschluß).

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 17. März d. J. der pensionirte Post- und Eisenbahnamt-Kassier Karl Fischer in Mlenau. Am 3. April d. J. Baudirektor Hübsch in Karlsruhe.

Karlsruhe, 4. Mai. Die „Nationalzeitung“ vom 1. Mai und die „Süddeutsche Zeitung“ bringen aus Anlaß eines zur Abwehr gegen die mehrfachen Insinuationen des Frankfurter Korrespondenten der „Neuen Preussischen Zeitung“ in unserm Blatte erschienenen Artikels Korrespondenzen, deren Kombinationen uns unverständlich waren, bis wir entdeckten, daß sie auf dem zufälligen Zusammentreffen zweier Artikel beruhen. Der oben erwähnte Artikel geht nämlich unmittelbar die Notiz über die Rückkehr Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs nach Karlsruhe voran. Diese Notiz lautet:

„Karlsruhe, 29. Apr. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin, mit Seiner königlichen Hoheit dem Erbprinzen, sowie Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und die Frau Prinzessin Wilhelm haben sich gestern Vormittag von Schloss Gerstein zum Besuch Ihrer Majestät der Königin Augusta von Preußen, sowie der übrigen dort anwesenden hohen Herrschaften nach Baden begeben und sind gestern Abend dahier eingetroffen.“

Wenn die Korrespondenten der genannten Zeitung zwischen unserm Redaktionsartikel und den Thatsachen, welche diese Mitteilung bringt, einen innern Zusammenhang herstellen, so sind wir ermächtigt, diesen Zusammenhang zu widersprechen. Sie thun dies auf eigene Gefahr. Der Zusammenhang, den sie andeuten, ist in keiner Weise vorhanden.

Karlsruhe, 5. Mai. Die „Allgemeine Zeitung“ enthält in ihrer Beilage zu Nr. 122 zwei Artikel, deren Angaben einer Berichtigung bedürfen. Der erste derselben ist „vom Rhein“ datirt und darin gesagt, daß die Initiative der Anerkennung des Titels „König von Italien“ von dem großh. Bundestags-Gesandten ausgegangen sei. Das Verhältniß ist gerade, wie es die „Karlsruher Zeitung“, welche der Korrespondent „vom Rhein“ berichtigt will, dargestellt hatte. Den zweiten Irrthum begeht das Augsburger Blatt, wenn es die Nachricht der „Karlsruher Zeitung“ in Betreff der von der großh. Regierung nach Paris und London in der politischen Angelegenheit zu richtenden Antwort mit der Bemerkung begleitet, daß der Verfasser des fraglichen Artikels entweder nicht vollkommen unterrichtet sei, oder nicht angemessen finde, Alles zu sagen. Der Korrespondent der „Karlsruher Zeitung“ war vollkommen in seinem Rechte, als er die Entschlebung der großh. Regierung in letzter Beziehung als noch

nicht feststehend darstellte und sich darüber zu erklären ausdrückte. Sind wir recht unterrichtet, so ist bis jetzt eine definitive Erwiderung nicht abgegeben worden, also auch keine in dem Sinne, wie sie nunmehr in Folge von Mittheilungen aus Berlin stattgefunden haben soll.

Damit findet zugleich die Nachricht der „Neuen Preussischen Zeitung“ ihre Widerlegung, welche den Sinn des fraglichen Artikels der „Karlsruher Zeitung“ dahin entstellte, daß sie ihn mit absoluter Bestimmtheit aussprechen läßt, Baden werde nun nicht vereinzelt vorgehen. Das kann sein, aber das sagte die Korrespondenz nicht, welche beiden Blättern zu thun gab.

* **Frankfurt, 3. Mai.** Die „Woch.-Chr. d. d. Ref.-Ver.“ sagt in dem telegraphisch bereits erwähnten Artikel u. A.:

Wir halten es für gewiß, daß bereits am 24. Apr. in Wien an höchster entscheidender Stelle die maßgebenden Beschlüsse in der Bundesreform-Frage gefaßt worden sind. Wir vernehmen, daß sie mit vollem Ernste auf eine wirkliche organische Bundesreform gerichtet und wohl geeignet sein sollen, diejenigen zu befriedigen, welche ein innigeres, kräftigeres und lebensvolleres nationales Band für das ganze gemeinsame Vaterland auf dem Wege der Reform, d. h. im Anschluß an die jetzt gegebene staatliche Ordnung suchen, im Gegensatz zu Plänen, welchen ein Umsturz dieser staatlichen Ordnung entweder vorhergehen oder nachfolgen müßte u. s. w.

Leipzig, 3. Mai. (N. Z.) Die Generalversammlung der Buchhändler bewilligt so eben 1000 Thlr. zum Palmen-Deut-mal in Braunau.

Hannover, 1. Mai. Die „N. Hannov. Ztg.“ verkündet heute den Wortlaut der aus 15 Paragraphen bestehenden Verordnung vom 29. April über die Berufung einer Kommission. — Die Deputation der kirchlichen Versammlung in Celle wird von dem König nicht angenommen. Dagegen ist die Annahme der Petition zugesagt.

Altona, 29. Apr. (N. M.) Die holsteinische Regierung hat eine Untersuchung wider den Kirchspielvogt Borgfeldt in Hemme wegen Theilnahme an den Versammlungen in Elmshorn und Hamburg angeordnet.

Berlin, 2. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlas der Vizepräsident Behrend vor der Tagesordnung ein Schreiben des Justizministers, worin derselbe die Erlaubniß zur Verfolgung des Buchdruckers Hieckthier wegen einer Druckschrift, in welcher mehrere Beleidigungen des Abgeordnetenhauses enthalten sind, nachsucht. Die Schrift betrifft die Debatte in der Polenfrage und ergeht sich in schwer beleidigenden Ausdrücken. Die Abgeordneten Simson, Graf v. Schwerin und v. Hoyerbed bejurworten, daß man diesmal der Gerechtigkeit freien Lauf lasse. Eine Diskussion erhebt sich nur über die Frage, an welche Kommission die Sache zu verweisen. Das Haus beschloß Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Die Tagesordnung führte zunächst zur Verlesung der Interpellation des Abg. Birchow, die Vertheidigung der Beamten auf die Verfassung betreffend. Der Minister des Innern erklärte: das Staatsministerium halte die Beantwortung der Interpellation nicht für geeignet; dieselbe gehe von der Voraussetzung aus, daß eine gesetzliche Bestimmung nicht durchgeführt sei, oder daß wesentliche Abweichungen davon vorgekommen seien. Die Interpellation mache

* Kg. Ein Vergehen.

(Fortsetzung aus Nr. 104.)

Ich hatte vergessen, wie nieder und finstler die unerhellten Gänge waren und wie trüblich und so aussehend die getünchten Mauern; und als die mühselige Thüre des Schulzimmers sich schwerfällig aus Felicias's halbtender Hand zurückschwang, erkannte ich kaum den hohen geräumigen Saal. Er sah wie eine Kapelle aus mit seiner verzierten Decke hoch über uns und dem am andern Ende stehenden Korb von schwarzem Eichenholz mit einem Kranzschimmel darüber; den zu beiden Seiten hinablaufenden festgemachten Wänden und Bänken; den wagerechten raumfüllend gegitterten Fenstern in Steinrahmen weit oben; den mit den Ähren verlebter Götter beschriebenen Sedelstufen; den zweifelhafte Schatten, die in den fernsten Ecken sich bargen, als verlohnte es sich nicht für die Dunkelheit, den allgewohnten Raum zu verlassen — es besang mich schon, seelisch, schauernd, ein Gefühl, wie in einer Kirche im Zwielicht. Ich hatte mir einen Schauplatz fröhlicher Lust, munterer Knabenspiele gedacht; und unbegreiflich wendete ich mich nach dem mächtigen Geklämmer, wo Felicie eine Handvoll glimmernder Glut-aste zur Höhe aufschürte.

„Ich glaube, der Vater würde herunter kommen,“ sagte ich.
„Er ist entweder an seinem Buch, oder schläft er,“ antwortete sie leuzend.

„Felicie,“ rief ich, in Thränen ausbrechend, „was geht hier vor? Ist das das Vaterhaus...? Lebt ihr immer so?“
„Ehe Felicie antworten konnte, kam Pim aus einer dunkeln Ecke hervor und redete mich in raschem, munterem Tone an:

„Da wohl, Fräulein Elise, ist's das Vaterhaus, aber so werden wir nicht immer leben. Ei, der Herr macht jetzt sein großes Buch fertig und wir fahren Alle noch im eigenen Wagen; oder Fräulein Elise heirathet gewiß noch einen vornehmen Herrn, und macht unser Glück

Und der Herr Eduard in Kanada, er wird Geld ziehen aus seinem Feldgut, besonders wenn ich hinüber zu ihm gehe, worauf ich nur warte, bis Sie Alle Ihr eigenes Wesen haben. Du mein Gott! So oft mir's ein bißchen schwer um's Herz ist, gehe ich und lese drinnen in Musje Garforth's Pult. Da, sehen Sie, Fräulein Elise, was er geschrieben hat: da — „Unverzagt führt die Braut heim;“ „Zugehört, nie ausgehört;“ „Ergib dich nie;“ und das lateinische da, liebes Kind, will sagen: „Liebe überwindet Alles“ und „So lang man lebt, hofft man.“ Er war ein Primus, ja, das war er — ein rechter Klücker; und sein Pult ist mir wie ein Kapitel aus der Bibel.“

„Aber, Pim,“ sagte ich, „ich wußte ja nicht...“ und vor Weinen verlagte mir die Stimme.

„Ich konnte es Dir nicht schreiben, Elise,“ sagte Felicie traurig, „weil alle unsere Briefe in der Anstalt eingesehen wurden. Wir mußten aber eine Versteigerung halten, um unsere Schulden zu bezahlen; und Knaben sind keine mehr im Haus außer den Stillschültern, und der Vater arbeitet sein Buch fertig — wie Pim sagt. Während meiner Abwesenheit als Erzieherin bei den Kindern des Oberst Clarke — hier hielt sich Elise, ich wußte nicht warum? zurück — gewöhnte er sich immer mehr an das unglückselige Opiumessen, und ist ihm jetzt so verfallen, daß ich den Unterricht der wenigen armen Bürgersöhne, die noch kamen, übernehmen mußte. Unsere Angelegenheiten standen schon schlecht, als Du forstingst, wenn Du alt genug gewesen wärest, es zu bemerken. Und jetzt, Herzschmerz, sind wir recht arm und recht verlassen.“

Felicie wußte wohl zu diesem todtten Leben durch stete harte Gewöhnung herabgestimmt worden sein; wenigstens nahm sie es mit einer ernsten, ihr eigenen, Geduld. Ihr Trieb schon, matt und ohne Schwaben, ging wie im Takt mit dem abgemessenen Tiden der Schuluhr, und ihre leise Stimme hob oder senkte sich nie über einen gewissen Tonschlag hinaus, der mit seiner Wiederholung so eintönig klang wie der Rehrreim

eines Lieds der Schwermuth, wie jenes leidvollen Sings Barbara's von der „Weibe...“). Vom häuslichen Geschäft in den Schulsaal, wo die rosen Euben in ihrer ruhigen Gegenwart ruhig wurden, und dort da nach den Pfändnerwohnungen bewegte sie sich im immergleichen trüben matten Tagelang mit einer sanften Ergebung in diese Pflichten, zu der ich nimmer zu gelangen vermochte. Ein Mal nur, aus ihrem stillen Gleichmuth durch einige Worte von mir gewaltsam gebracht, kam ein sehnlich verlangender Blick in ihre blauen Augen, dem seltenen aber heftigen Thränen nachströmten, so daß selbst Pim verstummte und sich in seine Ecke des weiten Schulzimmers zurückzog, von wo er sie mit ängstlicher und bestimmter Miene unverwandt betrachtete. Mein Vater verbrachte seine meiste Zeit im Studirzimmer unter einem bunten Durcheinander von Büchern und Papieren, wo er ungestört, und von unserer Gegenwart nicht gemahnt, schlafen konnte. Zuweilen, wenn ich an der nicht zugemachten Thüre, die weder Klink noch Schloß hatte, laut singend vorbeiging — denn singen konnt' ich noch, wenn die Sonne hell schien draußen — fuhr er wohl über dem Laut auf und ergriff hurtig seine Feder, wie ein Kind, das über einem Fehler betreten wird; doch die kraftlosen Finger liehen im Augenblick nach und das graue Haupt nickte wieder auf die halbbeschrifteten Papiere, während ich wie schuldbehaftet fortstiech mit einem Gefühl der Scham, daß ich seine sammervolle leibliche und geistige Verfallenheit gesehen... (Fortsetzung folgt.)

— In München hat sich ein Komitee gebildet, welches den Bau und überhaupt die Herstellung eines großartigen Volkstheaters unternehmen will. Da man höhern Orts dem Unternehmen sehr gewogen ist und sich bei der gesammten Bevölkerung großes Interesse für dasselbe zeigt, so darf die Ausführung als gesichert erscheinen.

*) E. Shakespeares „Othello“, Akt 4, Scene 3. D. Einl.

diese Abweichungen nicht namhaft, sondern verlange von der Staatsregierung, diese Ausnahmen zu präzisieren und zu rechtfertigen. Auf diese Aufforderung glaube die Regierung nicht eingehen zu können und lehne daher die Beantwortung in dieser Form ab.

Es wird mit großer Majorität beschlossen, in die Diskussion einzutreten. Abg. Birchow spezialisierte nun seine Interpellation dahin, daß es sich um die Offiziere handle, welche z. B. im Telegraphenwesen, im Kriegsministerium eine Beamtenstellung einnehmen. Es sei diese Frage neulich in der Budgetkommission zur Sprache gekommen, und die Thatsache, daß die als Beamte im Kriegsministerium thätigen Offiziere, welche als Regierungskommissäre mit der Kommission und dem Hause verhandeln, nicht auf die Verfassung veredelt sind, habe ihn veranlaßt, die Sache zur Sprache zu bringen. Es könne für das Haus in Frage kommen, ob es genöthigt sei, mit Regierungskommissären zu verhandeln, die nicht auf die Verfassung veredelt, also nicht Beamte seien. Der Kriegsminister: Die Kategorien, auf welche Redner sich bezogen, gehören nach dem zum Militär-Strafgesetzbuch gehörigen Verzeichniß zum stehenden Heere, dürfen also nach der Verfassung nicht auf die Verfassung veredelt werden. Die Hindeutung auf die mögliche Nichtzulassung der Kommissäre seines Ministeriums weist der Minister zurück. — Es knüpft sich hieran eine lebhafteste Debatte, an welcher sich v. Mallinckrodt, v. Sybel, Graf Schwerin, v. Fordenbeck, der Justizminister, Schulze (Berlin) u. A. theilnahmen. In derselben tritt eine Differenz zwischen Simson und Graf Schwerin hervor. Simson glaubt nämlich, daß das Haus dem Abg. Birchow für die Anregung dieser Angelegenheit Dank wissen müsse, und bittet ihn, auf weitere Diskussion zu verzichten und einen Antrag einzubringen. Graf Schwerin dagegen steht in der Zulassung einer Diskussion, nachdem das Ministerium die Beantwortung einer Interpellation verweigert, einen Weg, das Recht der Regierung, eine Interpellation nicht zu beantworten, zu umgehen. Hierin liege allerdings eine Lücke der Verfassung. Er sei für die Interpellation nicht dankbar, sehe in derselben vielmehr einen Versuch, eine neue Agitation in das Land zu werfen, während wir doch alle Ursache haben, zu wünschen, daß die Aufregung sich mindere. — Nach der Rede des Abg. Schulze wird die Diskussion geschlossen. Darauf bringt der Finanzminister eine Gesetzesvorlage ein, betreffend Verwendung der Ueberüberschüsse des Jahres 1862 zur Beilegung der außerordentlichen Bedürfnisse dieses Jahres. Es sind dies die bekanntlich zurückgestellten Ausgaben, welche bewilligt, aber nicht geleistet sind. Es treten hinzu einige außerordentliche Bedürfnisse des laufenden Jahres in den Etats der direkten Steuern (Gebäudesteuer-Veranlagung), des Kriegs- und des Marine-Ministeriums. Das Haus geht hierauf zu Petitionsberathungen über.

Zu einer Befprechung der Lage des Landes wird demnächst eine heute eingebrachte Interpellation des Abg. v. Carlowitz Gelegenheit bieten. Dieselbe lautet:

Zu richte an das königl. Staatsministerium die Frage:

1) Hat die kgl. Staatsregierung davon Kenntniß, daß neuerdings ein russisches Truppencorps unter Mitführung von Gefangenen die preussische Grenze überschritten, ohne entwaffnet zu sein in Anowraclaw eingerückt, und hier auf Anordnung der Behörden Cinquartierung und Verpflegung bei der Bürgerschaft, deren Widerspruch ungeachtet, gefunden hat?

2) Existirt eine kgl. Kabinettsordre oder sonstige obrigkeitliche Anordnung, wonach preussischen Staatsangehörigen die Verpflichtung auferlegt wird, das russische Militär in Bezug auf Bequartierung und Verpflegung ganz wie das preussische Militär zu behandeln?

3) Wie — die Bejahung der Frage 2 vorausgesetzt — getraut sich die kgl. Staatsregierung eine Bestimmung zu rechtfertigen, wonach preussischen Staatsangehörigen, ohne daß ein Gesetz sie dazu verpflichtet, eine beträchtliche Last aufgebürdet wird?

Berlin, 2. Mai. Die „Nat.-Ztg.“ bedauert die Ablehnung des Antrags auf eine Adresse über die äußere Lage des Landes von Seiten des linken Centrums, in Folge dessen dieselbe vorläufig nicht zur Ausführung kommen wird, und bemerkt bei dieser Gelegenheit u. A.:

Dringend ist zu wünschen, daß eine Diskussion der allgemeinen politischen Verhältnisse, welche Form ihr auch gegeben werden möge, nicht länger verlagert werde. Dieselben haben sich seit der Debatte über die Februarconvention sehr wesentlich fortentwickelt; es ist seitdem die diplomatische Intervention der drei Mächte in Petersburg erfolgt, während die preussische Politik ostentativ in ihrer Parteinahme für Rußland verharrt und alle ihre Bemühungen nur noch auf die Herstellung der heiligen Allianz richtet. Es ist anzunehmen, daß Oesterreich für den Beitritt ein immer gesteigertes Preis geboten wird. Wenn selbst einige liberale Regierungen in Deutschland die Unruhe, in welche sie durch diese Operationen des Hrn. v. Bismarck versetzt werden, auf's lebhafteste kundgeben, so würde es gewiß von einer seltsamen Genügsamkeit des preussischen Abgeordnetenhauses zeugen, wenn es auf jede weitere Einwirkung verzichtete. Daß das Ministerium gerade den Einfluß der Kammer auf die auswärtigen Beziehungen des Staates als einen nicht unerheblichen betrachtet, bezeugt der Grimm, mit welchem die feudale Presse den Plan einer Adresse angriff, und ihre Drohung, daß die Regierung einer solchen Diskussion durch Schließung der Session zuvorkommen würde. Diese Drohung hat das Abgeordnetenhause in keiner Weise zu fürchten, und ihre Verwirklichung würde sein Ansehen mehr beeinträchtigen, als wenn es nach den Absichten der Regierung die Diskussion über die innere Gesetzgebung und das Budget zu Ende führt, um zuletzt mit einem bloßen Ohnmachtsgeschrei doch eben auch nur ohne jedes positive Ergebnis geschlossen zu werden. Das ganze Land weiß schon jetzt, daß der letzte Beschluß dahin gehen wird, daß der Rath der Abgeordneten gehört, aber unansführbar befunden worden sei, und daß die Regierung nun nach ihrem Gewissen ohne Budget weiter regieren werde. Gewiß würde es das Land nicht schmerzlicher empfinden, wenn es durch einen verführten Schluß um diesen Beschluß käme; vielmehr würde es dem gegenwärtigen System nur zum Schaden gereichen, wenn es selbst den bloßen Betrug in den Budgetfragen nicht mehr für verfassungsmäßig erforderlich erklärte. Wenn alle praktische Wirksamkeit dem Abgeordnetenhause abgeschritten ist, so bleibt seine wesentliche Aufgabe, von seiner allein noch freien Rednerbühne aus der Stimmung des Landes den entsprechenden Aus-

druck zu geben; die Presse ist bereits so herabgedrückt, daß sie nur noch ein sehr blaßes Abbild der wackelnden Dinge geben kann.

Noch weit energischer ist die Forderung, welche die „Woch.-Schr. des Nationalver.“ an das Abgeordnetenhause stellt. Sie meint:

Die heutige Aufgabe der preussischen Volkspolitik bringt es mit sich, daß das Abgeordnetenhause von der besonnenen Bertheiligung zum entschlossensten Angriff übergehe, daß das schwerste Geschick in den Kampf gebracht und schonungslos gebraucht werde, daß man Tag für Tag Sturm laufe gegen das Ministerium Bismarck, daß gleichzeitig ein allgemeines Aufgebot an das ganze Land ergehe, sich zu erheben und Mann für Mann mit voller Kraft der Lunge sein Schuldbüchlein auszusprechen über die Politik, welche Staat und Volk an den Rand des Verderbens gebracht hat. Thut in diesem Sinne Jeder Mann in Preußen, was seines Amtes ist, so sind die Männer des heutigen Regiments binnen kürzester Frist gerichtet und vernichtet, so wird das Regiment selbst dem „millionenfürmigen“ Verdammungsurtheil des Volks gegenüber zur thatsächlichen Unmöglichkeit u. s. w.

Die „N. Preß.-Ztg.“ gibt den Gedankengang des Birchowschen Abrechenwurfs folgendermaßen an:

Stets bei seinem Zusammentritt hat das Haus eine Adresse an die Krone gerichtet, die Wünsche des Landes ausgesprochen und zur Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen aufgefordert. Seitdem sind drei Monate vergangen; die Verfassungserörterungen sind nicht nur nicht geführt, es ist auch keine Bürgschaft gegen weitere Verfassungserweiterungen gegeben worden; ja die Minister haben sogar noch die Rechteverweigerung hinzugefügt, indem sie das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz und die Entschädigung des höchsten Gerichtshofs abgelehnt haben. Gegenwärtig haben sich zur innern Noth auch noch schwere äußere Gefahren gestellt. Der trübsten, niederdrückendsten Erfahrungen ungeachtet, welche das Haus gemacht, müßte es demselben Weg wieder einschlagen, und nochmals die Krone bitten, das System und die Personen zu besitzigen. Die Einigung Deutschlands sei glücklich angebahnt worden, aber die schönsten Hoffnungen seien jetzt an diesem Ministerium wieder völlig gescheitert und selbst die Bande der materiellen Interessen hätten sich fast gelöst. In Deutschland, in Europa sehe Preußen isolirt da, und der Reichsverletzung Dänemarks gegenüber habe man es nur bis zur Rechteverweigerung gebracht. Jetzt neige man zu einem Bündniß zu Rußland hin, aber Preußen könne und wolle nicht dazu beitragen, daß das gemißhandelte Polen unterdrückt werde. Zu der Politik, welche das Ministerium verfolge, werde das Abgeordnetenhause stets und energisch eine Zustimmung verweigern. Die Volkvertretung müsse immer von neuem und auch jetzt von neuem die Forderung stellen, daß der Frieden im Lande hergestellt und das jetzige gefährliche System verlassen werde.

Die „Berl. Allg. Ztg.“ schließt einen Artikel über die Stellung Preußens zur polnischen Frage also:

In unserer neueren Geschichte haben wir leider manchen Moment gehabt, wo leere Doktrinen über die realen Interessen des Landes den Sieg gewannen. Die traurige Rolle, die wir zur Zeit der ersten französischen Revolution spielten, fung mit einem solchen Momente an. Wir unternehmen einen Kreuzzug nach dem Osten, während die wirklichen Verhältnisse dringend anrufen, unsere Kraft für die Ereignisse, die im Osten heranziehen, gesammelt zu halten. Heute begehen wir den umgekehrten Fehler. Wir menden uns in die östliche Verwicklung, während wir unser Auge vorsichtig und gekannt auf den Westen richten sollen. Wir stellen uns ganz Europa entgegen, aus Furcht vor dem polnischen Zustande, und doch wird, wenn ein Krieg zu Gunsten desselben zu Stande kommt, nur diese unsere Stellung ihn provozirt haben. Und das Ende? Mit schwerer Sorge denken wir an die Katastrophe des österreichischen Staates 1859. Noch ist ein ähnliches Schicksal für uns zu vermeiden. Aber es ist hohe Zeit, daß der preussische Staat sich auf die moralischen Grundlagen seiner Stärke und Kraft wieder besinn.

Berlin, 3. Mai. (Köln. Ztg.) Die Fortschrittspartei hat gestern beschlossen, die Adressefrage vorläufig fallen zu lassen. — Der Ausschuss für die Danzig-Neufahrwasser Bahn hat gestern definitiv mit 21 gegen 3 Stimmen die Entnehmung der erforderlichen Summe aus dem Staatsschatz beschlossen. Die Regierung erwidert darin fortbauend eine Ablehnung.

Wien, 1. Mai. Ueber den Fluchtversuch des Erbkaisers Langewitz meldet die „Oesterr. Ztg.“ Folgendes:

Am 23. April kamen zwei polnisch geleidete Männer, die sich für einen Substanzbesitzer und einen Ingenieur ausgaben, in Brünn an. Hier suchten sie einen Wagen bis Bistritz, wohin sie sich auch begaben, hielten aber auf dem Wege in Tschowitz, das sie passieren mußten, an, um Langewitz zu sehen. Sie wechselten mit dem General nur wenige Worte, darunter auch einige polnische, die aber wie Griech und Gegengriech klangen und keine Beachtung fanden. In Bistritz schickten sie den Wagen zurück, bestellten aber gleich darauf eine Kutsche nach Fradischin zu fahren, wo sie dem dortigen Substanzbesitzer einen Besuch zugebacht. Als die Kutsche vorfuhr und der Kutscher in's Zimmer trat, um zu melden, daß Alles zur Fahrt bereit, sah er den einen seiner Reisenden mit verbundenem Gesicht im Zimmer auf- und abgehen, mit den Händen gestikuliren und über heftige Zahnschmerzen klagen. Ein Besuch bei dem Substanzbesitzer war unter solchen Umständen unmöglich geworden, und die Polen erklärten, nach Brünn zurückkehren zu wollen. Sie fuhren nun im gestrichelten Galopp zurück, passirten Tschowitz und hielten in Ratshaus an, einem Dorfe an der Brünn-er Straße, wo sie die Pferde füttern ließen, und indessen einen Spaziergang im Freien machten. Ungefähr 300 Schritte außerhalb des Dorfes begegneten sie einem von Brünn kommenden Jäger, der auf einen Juras in polnischer Sprache anhielt. Aus dem Wagen bog sich — Fräulein Puslowojloff, sprach sehr leise und ziemlich einbringlich zu den beiden Männern, worauf sie wieder nach Brünn zurückkehrte, während diese nach Ratshaus gingen und bald darauf in der Nacht, unter dem Vorgeben, wichtiges Gepäck in Bistritz vergessen zu haben, dahin zurückkehrten. Auf dem Wege hielten sie einige Male an und pfliffen recht vernachlässigt. Da keine Antwort erfolgte und sich auch sonst Niemand zeigte, fuhren sie weiter, um Lage darauf den Weg wieder zurück nach Ratshaus zu machen, welches Manöver einige Male, doch stets erfolglos, wiederholt wurde. In Ratshaus wurde der Kutscher befragt, wer er sei und woher er komme, da das wiederholte Kommen und Wiederfortfahren bereits aufgefallen war. Der Befragte antwortete, wie ihm von den beiden Polen aufgetragen war: er sei aus Leitomischl, erwarde da noch einige Waaren, die sein Herr angekauft, und werde mit diesen wieder nach Leitomischl zurückfahren. Indessen wurden die Pferde als Eigenthum des Hrn. Schwarz aus Bistritz erkannt, und als der Weg nach Bistritz noch einmal zu-

rückgelegt wurde, fiel auf der Straße ein Schuß. Die Beiden ließen halten; da aber kein weiteres Zeichen erfolgte, wußten sie, daß ihre Sache verloren, und ergrißen die Flucht. Es ist auch bisher keine Spur von ihnen entdeckt worden. Als der Wagen in Tschowitz ankam, wurde er b. i. der Polizei eingehalten und der Kutscher verhaftet. Der Bezirksvorsteher Statthalterreich R. nahm sogleich seine Wohnung im Zimmer des Erbkaisers, das sich in einem Durchhause befindet.

Wien, 2. Mai. Den Inhalt der russischen Ant-wortepeschen an die drei Kabinette resumirt die offizielle „General-Korrespondenz“ in folgender Weise:

Der Kaiser ist damit einverstanden, daß die Beträge als Grundlage dienen, und hält seine Rechte in Bezug auf die Auslegung der Rußland betreffenden Bestimmungen aufrecht. Das Vertrauen, welches ihm die Mächte bewiesen, indem sie ihm überlassen, die Mittel zu finden, um Polen in den Zustand eines dauerhaften Friedens zu versetzen, finden in den Intentionen des Kaisers ihre Rechtfertigung; denn, abgesehen von dem Gnadenacte des 31. März, wird der Kaiser die dem Königreich Polen verliehenen Institutionen aufrecht erhalten, und behält sich vor, sie weiter zu entwickeln; aber die Anwendung und Entwicklung dieser Institutionen hängt nothwendig von der Rückkehr der Ruhe und des Vertrauens in Polen ab, und die Mächte können in dieser Beziehung sich auf die Fürsorge des Kaisers verlassen. Das Haupthinderniß hierbei ist jedoch die im Ausland organisirte permanente Verschwörung, und so lange dieses Hinderniß nicht wegfällt, ist auf eine schnelle Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten kaum zu hoffen. Die Stellung, welche die Mächte einnehmen werden, kann wesentlich beitragen, der moralischen und materiellen Unordnung, welcher Polen gegenwärtig als Schauplatz und als Vorwand dient, deren Endziel aber auf ganz Europa gerichtet ist, Schranken zu setzen. Die Kabinette werden aufgefordert, diesen Weg zu betreten, weil dann Hoffnung vorhanden, daß die dem Königreich Polen eingetragene demagogische Agitation sich legen und der Kaiser dadurch um so früher in den Stand gesetzt werde, seine großmüthigen Intentionen für seine polnischen Unterthanen frei gewähren zu lassen.

„Diese Analyse der „Gen.-Korr.“ — sagt die Presse — mag im Ganzen richtig sein, aber sie sagt nicht Alles. Die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die österreichische Depesche ist im Ganzen kurz gefaßt, wie man uns versichert, kaum länger als die betreffende Depesche des Grafen Rechberg. Den wesentlichen Punkt bildet nach den uns zugekommenen Andeutungen die bestimmte Erklärung des Fürsten Gortschakoff, daß eine befriedigende Regelung der polnischen Angelegenheit sehr schwer sei, da Rußland den Polen eine Ausnahmestellung im russischen Reiche nicht gewähren könne. Auf dieser Grundlage sei Rußland bereit, über die Befriedigung Polens mit den Mächten zu verhandeln, vorausgesetzt, daß diese ihm die Mittel angeben, wie dieses wünschenswerthe Ziel zu erreichen ist. Das Petersburger Aktenstück erklärt Oesterreich mit einer an Ironie streifenden Höflichkeit, daß es sich wegen der bisherigen Haltung des Wiener Kabinetts zum verbindlichsten Danke verpflichtet fühle, und daß Sr. Maj. der Kaiser von Rußland von keinem andern Wunsch erfüllt sei, als daß Oesterreich in dieser Haltung auch in Zukunft beharre.“

Italien.

Turin, 1. Mai. Abgeordnetenkammer. Der Vater Passaglia entwickelt seinen Vorschlag in Bezug auf den den Priestern aufzulegenden Eid. Der Minister bekämpft denselben im Namen der Freiheit. Er sagt, der Staat sei stark genug, um nicht mehr den Krieg des Kleinsten gegen die Sache der Einheit des Landes fürchten zu brauchen. Die bestehenden Gesetze seien genügend und die vorgeschlagene Zwangsmagregel sei unnütz. Vater Passaglia zieht seinen Vorschlag zurück.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Die Antwort des St. Petersburger Kabinetts auf die französische Note ist gestern auf der russischen Gesandtschaft angelangt und sofort Hrn. Drouyn de Lhuys zugestellt worden. — Sir Hennessey ist alsbald nach seiner Audienz beim Kaiser nach London abgereist; wie man versichert, ist er über das, was der Kaiser ihm wegen Polens sagte, sehr befriedigt. — Bekanntlich hat der beliebte Ranzelredner Abbé Merimilod zu Gunsten der Polen in der St.-Clotilden-Kirche gepredigt. Graf Walewski übersandte dem Abbé, als Zeichen der Anerkennung, ein Exemplar des kostbaren Werks „Les Catacombes de Rome“ von Perret. Nächster Tage dagegen wird die antipolnische Broschüre von Karochefaucoult erscheinen. Sie heißt: „La France a vant la Pologne.“ — Die vom „Moniteur“ veröffentlichte Note wegen der Wahlkomitees veranlaßte ein (heute vom „Cour. du Dim.“ veröffentlichtes) Gutachten von Dufaure, Berruyer und anderen Mitgliedern des Barreaux's, worin sich die Einwände für die Gesetzlichkeit der Wahlversammlungen während der Wahlperiode ausdrücken, auf welche überbies in die der Note angezogenen Gesetzesartikel von vornherein nicht anwendbar seien, weil es sich um keine Assoziation, sondern um eine vorübergehende Vereinigung handelt; solche Wahlvereinigungen aber nicht minder den Intentionen des Gesetzgebers als den Interessen der Bürger entsprechen. — Der Graf und die Gräfin Chamboord sind, von Venedig kommend, in Frohsdorf eingetroffen; am Fuße des Sommergeriet der Zug aus den Schienen, ohne jedoch für irgend einen Reisenden nachtheilige Folgen gehabt zu haben. — Es bestätigt sich, daß der Besuch des Prinzen von Wales in Fontainebleau aufgegeben ist. Was einen angeblichen Besuch des Kaisers von Oesterreich betrifft, so war nie ernstlich davon die Rede. — 3proz. 69.10. Nov. 1410.

Paris, 2. Mai. Baron Bubberg hat die russische Antwortnote dem Hrn. Drouyn de Lhuys vorgelesen. „Bays“ glaubt versichern zu können, daß das russische Kabinett in dieser Antwort seine guten Absichten bezüglich Polens und zugleich seinen Wunsch hervorhebt, dem Begehren der Mächte innerhalb der Schranken, welche die Sorge für seine eigene Sicherheit und seine Würde ihm zieht, gerecht zu werden. In Allgemeinen meint „Bays“, durchwehe die Antwortnote ein frieblicher Geist, was auch die Ansicht der

France" ist, welche ihrerseits die Hoffnung hegt, daß die guten Absichten Russlands zu einer, den Interessen Polens und dem Frieden Europas förderlichen Lösung der schwebenden Frage führen werden. "Patrie" zieht aus der Antwortnote den Schluß, daß der Zar Alexander zwar, was die allgemeinen Ideen anbelangt, mit dem Kaiser Napoleon in allen Punkten übereinstimme, daß es sich jetzt aber um die Erwägung der Mittel zur praktischen Verwirklichung dieser Ideen handle. "Constitutionnel" will im Stande sein, zu versichern, die Petersburger Antwort sei der Fassung nach versöhnlich und gemäßigt und stelle der Substanz nach die Lösung der polnischen Frage im Sinne der drei remonstrierenden Mächte in Aussicht. Auch der "Nord" will wissen, daß das Tuilerienkabinet in der mehrerwähnten Antwort den unabweisbaren Beweis finden könne, wie sehr der Zar auf die Freundschaft und die guten Dienste Napoleon's vertraue und für wie wirksam in Bezug auf die ernstliche und friedliche Lösung der Fragen, welche gegenwärtig die Ruhe Europa's trüben, er das Einverständnis Russlands und Frankreichs erachte.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. (Köln. Ztg.) Sowohl von englischer Seite, wie auch von Paris aus ist an das belgische Kabinet die Einladung ergangen, der diplomatischen Aktion in St. Petersburg bezüglich des polnischen Aufstandes sich anzuschließen. Die hiesige Regierung hat jedoch, unter Hinweisung auf die vertragsmäßige Neutralität Belgiens, jenes Anerbieten freundschaftlich abgelehnt.

Niederlande.

Rotterdam, 1. Mai. (Südd. Ztg.) Die Erste Kammer hat mit 23 gegen 13 Stimmen das Gesetz über die Ablösung der Schulden verworfen, nun schon zum dritten Mal. Sodann hat sie das Gesetz über die Mittelschulen in Angriff genommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Apr. In der gestrigen Sitzung des Reichsraths machte der Präsident die Mittheilung, daß er von dem Professor H. N. Clausen und dem Stadtvogt H. Hage einen Entwurf zu einer Adresse an den König empfangen habe. Dieser Entwurf, der aus den privaten Verhandlungen zwischen der Mehrheit der Mitglieder des Reichsraths hervorgegangen ist, lautet in den Stellen über die deutsche Frage wie folgt:

Nach langen und peinlichen Verhandlungen mit dem Deutschen Bunde, nach wiederholten fruchtlosen Versuchen, ein Einverständnis mit der holländischen Ständeversammlung zu erzielen, haben Ew. Majestät beschlossen, dem Herzogthum Holstein eine besondere, aus dessen Verhältnis zum Deutschen Bunde begründete Stellung in der Monarchie anzuweisen. Ziel eingehend ist die Bestimmung der neuen Ordnung, daß der holländischen Ständeversammlung in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten Antheil an der gesetzgebenden Gewalt für Holstein beizulegen ist. Es ist eine Selbstfolge, daß diese Ordnung nicht benachteiligt und während auf die Entwicklung derjenigen Landesheile, für welche der Reichsrath Beschlüsse faßt, einwirken kann, indem ein vom Reichsrath gefaßter und von Ew. Majestät bestätigter Beschluß, welche Verhältnisse in Holstein durchzuführen werden oder nicht, jetzt wird in Kraft treten können, ohne daß die holländische Ständeversammlung hiergegen hindern aufzutreten vermag. Mit Freunden hat der Reichsrath aus der allerh. Botschaft bei Eröffnung der gegenwärtigen Versammlung vernommen, daß Ew. Majestät sich übereinstimmend hiermit ausgesprochen. Hierin liegt die notwendige Bedingung für eine künftige freie und ruhige Entwicklung und der Weg zu einer Auslösung der Gemeinschaft, wenn diese fremde Einmischung in innere Angelegenheiten herabzurufen droht. Wir erachten es indes für wichtig, daß das veränderte Verhältnis ausdrücklich verfassungsmäßige Befähigung erhalte, und daß hierauf bezügliche Vorschläge noch in der gegenwärtigen Diät des Reichsraths vorgelegt werden. Indem die Verbindung zwischen dem Herzogthum Holstein und der übrigen Monarchie gelockert wird, stellt sich ein kräftigeres Anknüpfen des Königreichs und Schwedens als Nothwendigkeit heraus. Wir haben mit Befriedigung bemerkt, daß in der königl. Botschaft eine umfassende Reform der Verfassungsgesetze vom 2. Okt. 1835 verheißt worden ist. Eine solche ist nicht allein deshalb nothwendig, damit das Volk im Königreich in Schickung sich mit Liebe der gemeinschaftlichen Verfassung annehmen kann, sondern auch der veränderten Stellung wegen, welche die holländischen Ständen zugesagt worden ist. Gleichwie wir darauf bestehen, daß die holländischen Vorschläge dem Reichsrath in der nächsten Diät vorgelegt werden, also erwarten wir auch, daß in keinem der Landesheile, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören, irgend eine Veranstaltung getroffen werden wird, wodurch der Entzug der gemeinschaftlichen Verfassung vorgegriffen werden könnte. Allerhöchster König! Der Reichsrath erblickt in den Gefahren, welche das Vaterland umringen, eine verstärkte Aufforderung, durch einmütiges Zusammenwirken Ew. Majestät in der Handhabung der Freiheit und Selbstständigkeit des dänischen Reichs zu stützen. Die Opfer, welche möglicher Weise nothwendig sein dürften, sind wir zu bringen bereit, um diejenigen Güter zu bewahren, welche das beste Besitztum eines Volkes ausmachen.

Russland und Polen.

Warschau, 2. Mai. Der Schriftsteller Miniszewski ist heute früh auf der Treppe seines Hauses ermordet worden. Der Thäter ist nicht ermittelt.

Von der polnischen Grenze, 1. Mai. Ueber das Gesecht, in Folge dessen 500 Russen über die preussische Grenze gedrängt und über Jnowraclaw nach Thorn geleitet wurden, bringen polnische und andere Blätter ziemlich übereinstimmende Berichte. Der "Posen. Ztg." wird vom Goplosee darüber geschrieben: Ende voriger Woche rückten zwei Kompanien russischer Infanterie vom Regiment „Prinz Karl von Bayern" und eine Schwadron donischer Kosaken von Wloclawel aus, um zwischen Wloclawel und Konin zu rekonnostriren, eventuell mit der königlichen Besatzung oder dem Wittgenstein'schen Korps demnächst sich zu vereinigen. Sonntags (26.) Morgens stießen sie bei Nowawies (Nebors) auf die aus ihren Lagern aufgebrochenen Insurgenten, und bald engagirte sich das Gesecht, welches, obwohl die 500 Russen

sich manhaft wehrten, doch in so fern ungünstig für sie ausfiel, als sie der überlegenen Infanterie — man spricht von 2500 — weichen und endlich auf preussisches Gebiet sich flüchten mußten. Von drei Seiten angegriffen und dicht an den Goplosee gedrängt, blieb den Russen, welche in dem vierstündigen Gesechte fast ihre ganze Munition verschossen hatten, nach der Aussage ihres Anführers nichts Anderes übrig, als entweder im Goplosee zu ertrinken, oder die Waffen zu strecken, oder das feindliche Zentrum zu durchbrechen und damit die preussische Grenze zu gewinnen. Letzteres gelang ihnen, und Sonntag Nachmittags gegen 3 Uhr begrüßten sie mit lautem Hurrah in der Gegend von Chelme die preussische Grenze, von den Insurgenten bis an das preussische Gebiet verfolgt.

Aus Jnowraclaw, 29. d. M., schreibt man der „Rhein. Ztg.":

Den Offizieren gab der hier kommandirende preussische General ein Mittagessen im Baskischen Gasthause. Als diese unerwartete Einquartierung angekündigt wurde, versammelten sich alsbald die Stadtverordneten, um zu berathen, ob die Bürger verpflichtet seien, im Frieden fremde Truppen bei sich anzunehmen, und wie man sich gegen Wiederholung solcher Belästigung verwahren könne. Seitens des Magistrats wurde den Stadtverordneten die Berechtigung zu solcher Berathung unter Bezugnahme auf eine Verfügung unterlagt, in welcher es heißt: Nach einer Seitens des Königs Majestät mit der russischen Regierung getroffenen Uebereinkunft vom 8. Februar d. J. sind russische Truppen in dem Falle, daß sie die preussische Grenze übertreten, wie preussische Truppen zu behandeln.

Krajan, 3. Mai. (Köln. Ztg.) Jezioranisch ist bei Kobylanka, im Lublinschen, siegreich gegen die Russen gewesen. Eine Abtheilung Russen trat bei Lublinka über die galizische Grenze, um die Polen im Rücken anzugreifen. Die Russen wurden total geschlagen und zerstreut. Von den gefallenen Russen wurden 26 durch die Polen mit militärischen Ehren begraben. Die Polen hatten nur geringen Verlust. Ihre Verwundeten wurden nach Cieszanow gebracht.

Aus Posen, 29. Apr., kommen Mittheilungen über ein am 29. April, Vormittags, zwischen den Russen und dem Taczanowski'schen Insurgentenkörper bei Keiser stattgehabtes blutiges Gesecht. Ueber den Ausgang desselben verläutet, wie der „Düsseld. Ztg." geschrieben wird, nur so viel, daß die Insurgenten muthig Stand gehalten haben und das Gesecht ohne Entscheidung geblieben ist. Beide Theile schreiben sich den Sieg zu. Die Verluste sollen auf beiden Seiten groß sein. Von den Führern der Insurgenten sind zwei getödtet und mehrere, unter ihnen Taczanowski selbst, schwer verwundet worden. Nach dem Kampfe wurden Dr. Langenbeck aus Berlin und Dr. Matecki aus Posen durch den Telegraphen nach Weischen berufen. — Nach einer von Weischen, 29. Apr., datirten Nachricht des „Dzienn. poz." wurde die Taczanowski'sche Abtheilung, welche sich mit der um Slupce verbunden hatte, von den Russen bei Peisern angegriffen. Die Polen hatten die Russen vollständig gewonnen und verfolgten dieselben in der Richtung auf Wyszakow und Kalisz. Die Zahl der Verwundeten und Todten ist noch nicht bekannt. Auf Seiten der Insurgenten waren am 29. fünf Todte, darunter ein Franzose. Taczanowski selbst ist verwundet, außer ihm zwei Offiziere. Die „Düss. Ztg." erhält über dieses Gesecht folgende Mittheilungen:

Heute hat ein großer Kampf bei Peisern stattgefunden. Die Russen waren der angegriffene Theil. Sie rückten auf Peisern zu, die Polen ihnen entgegen. Gleich hinter Peisern kam es zu einer mörderischen Schlacht. Acht Stunden dauerte das Feuern. Die Russen sind vollständig aufs Haupt geschlagen, theils zerstreut, theils gefangen. Einige Kanonen wurden von ihnen im Stich gelassen. So eben, 5 1/2 Uhr zichen die Aufständischen mit Musik in Peisern ein. Die Verluste der Aufständischen sind nur unbedeutend.

Das Taczanowski'sche Corps ist heute von den Russen angegriffen worden. Die Russen sind total geschlagen und befinden sich im vollen Rückzuge nach Wyszakow und Kalisz zu. Dr. Matecki und Langenbeck sind telegraphisch nach Wloclawel berufen.

— 30. April. Von den Aufständischen hat Oberst Zaucher eine Kugel in die Brust erhalten. Taczanowski ist unverletzt. Von 23 Verwundeten sind 2 bereits todt.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 2. Mai. Im Reichstag stehen heute die polnischen Motionen auf der Tagesordnung. Graf Wambertson erklärt, das Kabinet habe bereits am 2. März und am 7. April zwei für Polen sich verwendende Noten nach Petersburg abgesendet. Der Adel- und der Priesterstand votiren eine motivirte Tagesordnung, in welcher lebhafteste Sympathien für Polen und die Zuversicht ausgedrückt werden, die Regierung werde mit Rücksicht auf Erhaltung des Friedens für Polen wirken, wenn nicht ein schwedisches Interesse Krieg fordere. Der Bürgerstand verwirft den Friedensvorbehalt und spricht im Vertrauen, daß die Regierung die Gesinnung des Landes kenne, lediglich seine Sympathien aus. Auch der Bauernstand beschränkt sich auf ein einfaches Vertrauensvotum.

Großbritannien.

London, 1. Mai. Daß Preußen aufgefordert worden war, sich den Vorstellungen der drei Mächte in St. Petersburg anzuschließen, ist factam bekannt. Die Gründe, umherentwillen dieses Anerbieten abgelehnt wurde, sind am besten aus einer Depesche des englischen Botschafters zu Berlin, Sir A. Buchanan, an Carl Russell zu ersehen. Sie ist vom 14. März datirt, und folgendes sind die bezeichnendsten Stellen.

Hr. v. Bismarck (so schreibt der britische Gesandte in Berlin) theilte mir mit, er habe in Erwiderung auf Ew. Botschaft Note keine weitere Mittheilung dem Grafen Bernstorff zukommen lassen, und was er in Bezug auf die Stellung Preußens gegen Polen und die gefährliche Nachbarschaft, die aus einem unabhängigen polnischen Staate für Preußen erwachsen müsse, gegen mich geäußert habe, hätte mich überzeugen sollen, daß die preussische Regierung Russlands nicht drängen könne, Maßregeln zu ergreifen, deren unvermeidliche Tendenz darin

bestehen würde, die Nationalität Polens wieder herzustellen, und welche Preußen nöthigen würde, sein Heer um 100,000 Mann zu vermehren. Er bemerkte, die von Hr. Maj. Regierung dem Kaiser von Russland empfohlenen Konzeptionen würden dessen polnische Unterthanen nicht befriedigen, und was sie jetzt erzielten, würde als Mittel gebraucht werden, um später zur Unabhängigkeit zu gelangen und die Loslösung ihrer polnischen Provinzen von Russland, Oesterreich und Preußen anzustreben. Hr. Maj. Regierung könne somit nicht erwarten, daß Preußen sich Maßregeln anschliesse, welche seiner Meinung nach zu einem solchen Resultate führen würden.

In einer Depesche Sir Buchanan's aus Berlin, 4. Apr. heißt es:

In einer Unterredung, welche ich heute früh mit Hr. v. Bismarck hatte, drückte ich meine Ueberraschung darüber aus, daß Preußen, während Oesterreich der Ansicht zu sein scheint, es könne ohne Gefahr für seine polnischen Provinzen mit der Regierung Ihrer Majestät und der französischen Regierung kooperiren, um von der russischen die Freiheit zu erlangen, welche das polnische Volk zu fordern ein Recht hat, sich fern halte und sich Europa gegenüber bei der Unterdrückung der polnischen Nationalität als Bundesgenosse Russlands hinstelle. Ich sagte, es scheine mir, daß Preußen Werth darauf legen müsse, sich einen Theil der Sympathie und Billigung Europa's zu erwerben, welche Oesterreich voraussichtlich in der Frage gewinnen würde. Er antwortete, es sei für Preußen unmöglich, die politische Haltung zu verändern, welche es während der letzten beiden Jahre beobachtet habe, und daß es nach dem es während dieser Zeit die Aufmerksamkeit des Kaisers von Russland auf die unvermeidlichen Folgen der den polnischen Nationalitätsbestrebungen zu Theil werdenden Ermuthigung gelenkt habe, ihn gegenwärtig nicht auffordern könne, den Polen die von ihnen verlangte Autonomie zu gewähren.

Baden.

Bretten, 3. Mai. Der landwirthsch. Verein, der schon einigemal Schweizerjassel zur Berechtigung unserer Landrace für die Fassethalter unseres Bezirks kaufen ließ, hat gestern bei einer landwirthschaftlichen Besprechung in Bauerbach abermals eine Kommission hierzu ernannt, die bis Spätsjahr in's Simmenthal, geht um junge Fasset zu kaufen. Die Reisekosten der Kommission, sowie ein Theil des Viehtransports übernimmt, wie früher, der Verein.

Ulm, 3. Mai. Bei Eröffnung der ersten Sitzung der IV. Generalversammlung des volkswirthsch. Vereins für Süddeutschland, welche heute um 10 Uhr im Gasthause zum Goldenen Hirsche stattfand, wurde die Versammlung im Namen der Stadt Ulm von dem Stadtrathe Hr. Klemm begrüßt, unter Beifügung von Worten des Dankes dafür, daß Ulm zum diesjährigen Versammlungsorte gewählt worden, daß das Bestreben des Vereins vom besten Erfolge getränkt. Hr. Professor Schöber aus Mannheim, welcher zum Vorsitz der Versammlung ernannt worden, spricht im Namen der letztern seinen Dank für die Wünsche der Stadt Ulm aus. „Möge Ulm — schließt er — die alte Reichsstadt, mit ihrem prachtvollen Münster, im neuen deutschen Reiche eine eben so würdige Stelle einnehmen, als sie im alten eingenommen hat!" Bei dem ersten Gegenstande der Tagesordnung: „Die Fortentwicklung des Zollvereins," stellt der Berichterstatter, Hr. Sonnemann von Frankfurt, folgende Anträge:

1) In Erwägung, daß eine Aufhebung des Zollvereins als ein Nationalunglück zu beklagen wäre; in Erwägung, daß diejenigen deutschen Regierungen, welche den Handelsvertrag mit Frankreich unbedingt abgelehnt haben, den Fortbestand des Zollvereins auf's höchste gefährden — erklärt die 4. Versammlung des volkswirthsch. Vereins für Süddeutschland: „Es ist die unerlässliche Pflicht jener Regierungen, die etwa verlangten Modifikationen alsbald bestimmt zu formuliren, um damit einen Boden für Unterhandlungen zu schaffen, widrigenfalls diese Regierungen die alleinige Verantwortlichkeit für die etwaige Auflösung des Zollvereins trifft."

2) An dem Tarife des Handelsvertrags ist unbedingt festzuhalten; in dessen kann es das Zustandekommen des für die volkswirthsch. Interessen so wichtigen Vertragewertes nur fördern, wenn Preußen durch eine nachträgliche Vereinbarung mit Frankreich, welche es dem Zollverein möglich macht, den deutschen Bundesstaaten auch fernerhin erceptionelle Zollbegünstigungen einzuräumen, seinen süddeutschen Zollverbindeten entgegenkommt, und wenn namentlich die jetzt in Frankreich geltenden niedrigeren Eingangszölle auf landwirthsch. Erzeugnisse durch Aufnahme derselben in den Vertrag für die Zukunft gesichert werden.

3) Der Eintritt Gesamtösterreichs in den Zollverein ist unbedingt abzulehnen. Es ist jedoch wünschenswerth, daß der Zollverein nach allseitiger Genehmigung des Handelsvertrags auch mit Oesterreich über weitergehende gegenseitige Verkehrsvereinfachungen in Unterhandlung trete.

Hr. Amann Gögg von Disingen stellt dazu ein Amendement.

Vermischte Nachrichten.

Hr. Laßalle erklärt in den Frankfurter Blättern, daß er am 17. Mai jedenfalls in Frankfurt anwesend sein werde, um vor den Arbeitern seine bekannten Ansichten zu vertheiligen.

Koburg, 1. Mai. (Kob. Ztg.) Die hier dieser Tage stattgehabten Konferenzen deutscher Apotheker, welche die Herstellung einer allgemeinen deutschen Pharmakopoe anbahnen sollten, haben vorläufig nur so viel erreicht, daß für die weiteren schriftlichen Verhandlungen über das zu erstrebende Ziel die vorläufige Grundlage gegeben ist.

England beschäftigt sich bereits mit dem Gedanken, die im nächsten Jahre bevorstehende dreihundertjährige Geburtsfeier Shakespeare's, seines „größten Todten", zu einem nationalen Feste zu machen. Ohne Zweifel wird auch Deutschland seinen Antheil an der Jubelfeier nehmen.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 5. Mai. 2. Quartal. 58. Abonnementvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Perseus von Macedonien**; Trauerspiel in 5 Akten, von Franz Nyffel.

Theater in Baden.

Mittwoch 6. Mai. **So machen's Alle**; komische Oper in 2 Akten, von Mozart.

z.v.835. Emmendingen. Den 1. Mai d. J. verschied nach schweren Leiden unsere liebe Schwester und Schwägerin, Anna Nief. Freunde der Geschiedenen bitten wir, derselben ein freundliches Andenken zu bewahren. Emmendingen, den 2. Mai 1863. P. Blas, Dr. Henriette Plas, geb. Nief.

z.v.849. Waldshut. Freunden und Bekannten theilen wir ergebenst mit, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Maria Anna, geborne Warden, Wittve des Fabrikanten Lukas Schmid, gestern Abend neun Uhr nach mehrwöchentlichem Krankenlager in ihrem dreundschaftlichen Lebensjahre uns durch den Tod entrisen wurde. Um stille Theilnahme bitten, Waldshut, den 3. Mai 1863, Die trauernden Hinterbliebenen.

z.v.851. Gernsbach. Theilmehrenden Freunden und Bekannten geben wir die betrübende Nachricht, daß unser lieber Bruder und Schwager, Adolph Wieland, heute im 33. Lebensjahre an einem Herzschlag uns entrisen wurde, und bitten um stille Theilnahme. Gernsbach, den 1. Mai 1863. Die Hinterbliebenen.

So eben erschien:
Die Bildung der evangelischen Theologen für den prakt. Kirchendienst.
Eine Denkschrift zur 25jährigen Stiftungsfeier des evangelisch-protest. Predigerseminars in Heidelberg
von
Dr. Dan. Schenkel.
Preis 1 fl. 12 kr.
Vorrätzig in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

z.v.803. Karlsruhe.
Nationalverein.
Einladung.

Künftigen Mittwoch den 6. Mai l. J., Abends 7/8 Uhr, findet im Saale der Eintracht eine Versammlung zur Verhandlung über die schleswig-holstein'sche Frage statt.
Wir laden dazu sowohl unsere Mitglieder, als überhaupt alle Vaterlandsfreunde ein, und glauben bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit einer allgemeinen Theilnahme entgegensehen zu dürfen.
Namens des Ausschusses:
K. Busch.

z.v.806. Karlsruhe.
Anzeige.

Durch Uebereinkommen mit dem Vorstand des St. Vincentius-Vereins dahier wurde Unterzeichnetem das Recht zur Aufnahme von Augenkranken in einem Theil der diesem Verein gehörigen Pflegeanstalt (vor dem Karlsthor) eingeräumt. Behandlung und Operation, wo eine solche geboten erscheint, erfolgt für Unbemittelte unentgeltlich. Näheres über die Aufnahmebedingungen und die sehr mäßigen Pflegekosten ist bei Unterzeichnetem oder in der Anstalt selbst zu erfahren.
Zugleich eröffnet Unterzeichneter eine ambulatorische unentgeltliche Behandlung Augenkranker in seiner Wohnung täglich 11 1/2 — 1 Uhr.
Sprechstunden täglich M. 10 — 11 1/2 und N. 3 — 4 Uhr.
Karlsruhe.
Emil Waier, prakt. Arzt,
Wund- und Hebearzt.
Gerrenstraße 43.

z.v.790. Baden.
Auf die Saison zu vermieten.
Ein schöner Verandasladen mit großem Auslegfenster. Näheres bei G. A. Wahl.

z.v.831. Bruchsal.
Steindrucker. zwei gute, finden Zahlung dauernde Beschäftigung bei J. W. Siegel in Bruchsal.

z.v.832. Für ein Fabrikgeschäft im badischen Oberland wird bis Mitte oder Ende Juni ein tüchtiger **Bauführer** für einige neue Bauten gesucht. Bewerber, welche mit der Anfertigung von Plänen und Kostenüberschlägen vertraut sind, wollen sich unter Chiffre M. S. unter Angabe der Bedingungen an die Expedition dieses Blattes wenden.

Schwefelbad Langenbrücken bei Heidelberg.

Eröffnung am 25. Mai.
Nähere Auskunft ertheilen der großh. Assistent- und Badarzt Wiel, wie auch der Badeigentümer **R. Sigel.**

z.v.267. Frankfurt. Grosse Staatsgewinne-Verloosung.

Ziehung am 28. und 29. Mai d. J.
14,811 Gewinne und Prämien von fl. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 10,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000 u. c. kommen zur Vertheilung.
Der Unterzeichnete erläßt die von der hiesigen Regierung ausgefertigten Originalloose direkt den Theilnehmern, und zwar: 1/2 Loose à 6 fl., 1/4 à 3 fl., 1/8 à 1 fl. 30 kr. und 1/8 à 45 kr. gegen Einzahlung oder Nachnahme des Betrags. Amtliche Listen werden den Loosinhabern gleich nach der Ziehung unentgeltlich übersandt, und ersucht man im Interesse der Abnehmer, Aufträge baldigst gelangen zu lassen an
Isidor Bottenwieser,
Jahrgasse 105 in Frankfurt a. M.

Damit sich die Theilhaber zu ihrer Sicherheit mit der Einrichtung und allen Bestimmungen dieses Unternehmens genau bekannt machen können, sind von hoher Behörde Exemplare ausgegeben worden, die durch Obigen jeder Bestellung gratis beigegeben werden.

Königl. Bayr. Ansbach - Gunzenhauser Loose.

Gewinne des Anlehens fl. 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 15,000, 14,000, 12,000, 10,000.
Nächste Ziehung am 15. Mai 1863.
Loose hierzu à 1 fl. — 11 Stück à 10 fl. — erlassen gegen Einzahlung des Betrags oder Ermächtigung zur Nachnahme. — Postmarken werden an Zahlung genommen. — Ankauf und Prospekt gratis. Ziehungsliste pünktlich.
Gustav Cassel & Comp.,
Banquiers in Frankfurt a. M.

Original-Loose

Großen Frankfurter Lotterie.

Nächste Gewinnziehung am 28. u. 29. Mai a. c.
Ganze Loose à 6 fl., halbe Loose à 3 fl., viertel Loose à 1 fl. 30 kr.
sind durch Unterzeichneten zu beziehen und wird von demselben die prompteste und reellste Bedienung zugesichert.
Jeder Theilnehmer erhält sofort nach der Ziehung die amtliche Gewinnliste.
Man wende sich nur direkt an
Louis Marx
in
Frankfurt a. M.

NB. Der Betrag kann auch durch Postnachnahme erhoben werden. **z.v.819.**

z.v.834. Mannheim. In den verschiedenen Amtsbezirken Badens werden tüchtige Agenten

für eine der ersten Feuer-, Hagel-, Lebens- und Transportversicherungs-Anstalten, sowie für eine sehr solide Hypotheken- und eine Viehverversicherungs-Gesellschaft zu engagiren gesucht. Offerten erbittet man unter A. Z. Nr. 4 poste restante Mannheim.

z.v. Oberkellnerstelle.

Ein Oberkellner mit Sprachkenntnissen findet Engagement. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

z.v.858. Karlsruhe. Ananas große Erdbeeren

in verschiedenen Größen, täglich frisch dem Stocke entnommen, empfiehlt zu billigen Preisen,
C. Däschner.

z.v.836. Frankfurt a. M. Schon am 15. Mai l. J. Saats-Eisenbahn-Anlehens.

Haupttreffer 3 à fl. 25,000; 6 à fl. 20,000; 4 à fl. 18,000; 8 à fl. 16,000; 1 à fl. 15,000; 8 à fl. 14,000; 8 à fl. 12,000; 23 à fl. 10,000; 15 à fl. 5,000; 50 à fl. 2,000; 51 à fl. 1,000; fl. 500; fl. 200 u. c. bis fl. 8 — Vereinsübergeld, den jedes Obligationsloos mindestens gewinnen muß.
Ein ganzes Loos für bevorstehende Ziehung kostet 1 fl. 45 kr.
7 Loose für bevorstehende Ziehung kosten 10 fl.
Umfassende Verloosungspläne werden gratis übersandt und erfolgen die Gewinnlisten nach geschener Ziehung franko.

Karl Gensler, Frankfurt a. M., Staats-Effekten-Händler.

P. S. Alle Arten Briefmarken werden an Zahlung genommen, auch können die Beträge durch Postvorschuß erhoben werden.

z.v.856. Karlsruhe. Münchner Löwenbräu, Münchner Spatenbräu

empfehlen in einzelnen Gebinden, und in größeren Partien billigt berechnet
C. Däschner.

binnen 14 Tagen hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.194. Nr. 5483. Bruchsal. (Aufforderung.) Der selbige Kaiser Otto Vaber von Hagenau, der sich zuletzt in Basel aufhielt, ist der Entwendung von etwa 36 Maß Ruckwasser des Kaisers Stäfflin von hier und eines Häfchens angeklagt. Er wird aufgefordert, sich in **3 Wochen** zur Verantwortung hier zu stellen, als sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt würde.
Bruchsal, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kerkmairer.

z.v.182. Nr. 2077. Aghern. (Aufforderung und Zahlung.) Joseph Anton Förger von Großreiter ist der Körperverletzung des Carl Gopp und Emil Stüber von da, und des Alois Gauer von Neusäß angeklagt, hat sich aber der Untersuchung durch die Flucht entzogen. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls das Urtheil nach Lage der Akten erlassen würde. Zugleich werden die betreffenden Polizeibehörden ersucht, auf Joseph Anton Förger, dessen Signalement hier beifolgt, sühnden und ihn im Versteckungsfall anzuzeigen zu lassen. — Signalement: Alter 19 Jahre, Größe 5' 5", Statur schlank, Haare blond, Stirne nieder, Augen blau, Augenbrauen blond, Nase spitz, Mund gewöhnlich, Zähne gut.
Aghern, den 1. Mai 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Wedekind.

z.v.195. Nr. 8588. Heidelberg. (Aufforderung und Zahlung.) Jäger Michael Lipp von Wieblingen, welcher der Desertion verdächtig ist, wird aufgefordert, sich **binnen 6 Wochen** dahier oder bei seinem Bataillonskommando zu stellen, widrigenfalls er der Desertion für schuldig, des Deutsches Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt, und unter Verfallung in die Kosten zu einer Geldstrafe von 1200 fl. verurtheilt würde.
Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt. Signalement: Alter 23 1/2 Jahre; Größe 5' 5" 2"; Statur besetzt; Gesichtsfarbe, rüchlich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, braun; Stirne, hoch; Augenbrauen, braun; Augen, grau; Nase, mittel; Mund, groß; Bart, braun; Kinn, rund; Zähne, gut. Besondere Kennzeichen: keine.
Heidelberg, den 30. April 1863.
Großh. bad. Oberamt.
Fecht.

z.v.178. Nr. 386 — 87. Karlsruhe. (Urtheil.) In Untersuchungsachen gegen August Dahlmer von Knielingen, wegen Urkundenfälschung, und auf den Rekurs des Angeklagten gegen das Urtheil des großh. Hofgerichts des Mittelheinkreises vom 13. Dezember 1862, Nr. 5549 — 50, I. Sen., zu Recht erkannt: Das hofgerichtliche Urtheil, des Inhalts: August Dahlmer von Knielingen sei der Fälschung einer Privaturkunde aus Gewinnsucht, im Betrag von 154 fl., für schuldig zu erklären und deshalb zu einer Arbeitsstrafe von einem Jahr, gefesselt durch zwanzig Tage Hungertod, und zu einer Geldstrafe von 100 fl., und im Falle der Unbeibringung derselben zu einer weiteren Arbeitsstrafe von zwei Monaten, sowie zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung zu verurtheilen — ist, unter Verfallung des Angeklagten in die Kosten der Rekurrsinstanz, zu bestätigen. V. R. W. Dessen zur Urkunde ist dieses Urtheil nach Verurteilung des großh. badischen Hofgerichts ausgefertigt und mit dem größten Gerichtsiegel versehen worden. So gesehen, Mannheim, den 18. April 1863. Großh. badisches Hofgericht. v. Marschall. (L. S.) S ch r i e l. Dies wird dem künftigen Angeklagten verflüchtigt. Karlsruhe, den 30. April 1863. Großh. bad. Landamtsgericht. Nebentisch.

z.v.192. Nr. 1867. Rheinischhofheim. (Urtheilserklärung.) J. U. E. gegen Nikolaus Kühnel von Waldhambach hat das hiesige Amtsgericht durch Urtheil vom heutigen zu Recht erkannt:
Nikolaus Kühnel von Waldhambach sei eines Betruges, verübt zum Nachtheil des evangelischen Distributionsrechtes, schuldig, im Betrage von 1 fl. 15 kr., schuldig, und daher in eine Amtsgefängnisstrafe von acht Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und der Vollstreckung zu verurtheilen.
Dieses Urtheil wird dem künftigen Nikolaus Kühnel von Waldhambach auf diesem Wege verflüchtigt.
Rheinischhofheim, den 30. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Eisen.

z.v.200. Nr. 3958. Offenburg. (Erbschaftslegung.) Joseph Siefert und Rosalia Siefert von Hundweier sind schon im Jahr 1832, und Rosalia, geb. Siefert, mit ihrem Gemanne Philipp Hilberer von da sind im Jahr 1850 sämmtlich ohne Staaterlaubnis nach Amerika ausgewandert. Da deren Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist, so werden dieselben oder deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, ihre Rechte an dem Nachlass ihrer am 13. November 1862 verstorbenen Mutter Justine, geb. Kampf, Wittve des Michael Siefert von Hundweier, binnen 3 Monaten geltend zu machen, widrigenfalls das Erbschaftsverfahren würde zugunsten derer, denen solches zufällt, wenn die Abwesenden zur Zeit des Erbschaftsfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wären.
Offenburg, am 2. Mai 1863.
Großh. bad. Amtsreferat.
Schmidt.

z.v.840. Nr. 902. Schaffhausen. (Gehilfenstellen.) Ein gewandter geschäftstüchtiger Defenpist findet zugleich bei unterzeichnetem Stelle für mehrere Monate Beschäftigung; jährlicher Gehalt 500 fl. Die Bewerber, Kameralassistenten oder Kanzleigehilfen, wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse **binnen 8 Tagen** anmelden.
Schaffhausen, den 1. Mai 1863.
Großh. bad. Eisenbahnbau-Kasse Schaffhausen und Eningen.
Schumacher.

z.v.187. Nr. 3564. Eppingen. (Aufforderung.) Johann Georg Schweinfurth von hier ist im Jahr 1854 als Hofnergeßell in die Fremde gegangen, und hat derselbe seit dem Jahr 1858 keine Nachricht von seinem Aufenthaltsorte gegeben. Auf Antrag der Verwandten desselben wird derselbe aufgefordert, **binnen Jahresfrist** Nachricht von seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte zu geben, widrigenfalls er für verstorben erklärt und sein Vermögen seinen Erben in fürsorglichen Besitz übergeben werden würde.
Eppingen, den 29. April 1863.
Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.857. Karlsruhe. Mineralwasser, als: Emser, Selterfer u. Friedrichshaller Bitterwasser empfiehlt **C. Däschner.**

z.v.850. Karlsruhe. Ankauf von Farren der Schwyzer Race.
Auf unsere Ankündigung vom 23. Februar d. J., Centralblatt von 1862, Seite 204, sind 26 Anmeldungen auf Farren der Schwyzer Race (Braunvieh) eingelaufen. Der mit dem Ankauf dieser Farren betrauten Kommission ist es aber nur gelungen, 15 geeignete Thiere zu erwerben. Solche sind in Einzelheim, Amts Baden, im Gasthof zum Grünen Baum aufgestellt und können daselbst bis Donnerstag den 7. d. M., Mittags 1 Uhr, besichtigt werden.
Den Bestellern der Farren wird auf brieflichem Wege besondere Nachricht gegeben.
Großh. Centralstelle für die Landwirtschaft.
Dieb.

z.v.724. Karlsruhe. Verkauf von Baupläzen.
Der durch die Fortführung der Adlerstraße bis zur Kriegstraße von dem Markgräflichen Palaisgarten abgetheilte Theil wird zu 6 Baupläzen eingetheilt, **Montag den 11. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr,** in dem Gartenaal der Gesellschaft Eintracht dahier, und zwar zuerst im Einzelnen und sodann im Ganzen, vorbehaltlich höherer Genehmigung, öffentlich zu Eigenthum versteigert.
Die Verkaufsbedingungen, sowie der Situationsplan können vorher bei unterzeichnetem Stelle eingesehen werden.
Karlsruhe, den 28. April 1863.
Markgräfliche Palais-Garten-Kasse.

z.v.187. Nr. 3564. Eppingen. (Aufforderung.) Johann Georg Schweinfurth von hier ist im Jahr 1854 als Hofnergeßell in die Fremde gegangen, und hat derselbe seit dem Jahr 1858 keine Nachricht von seinem Aufenthaltsorte gegeben. Auf Antrag der Verwandten desselben wird derselbe aufgefordert, **binnen Jahresfrist** Nachricht von seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte zu geben, widrigenfalls er für verstorben erklärt und sein Vermögen seinen Erben in fürsorglichen Besitz übergeben werden würde.
Eppingen, den 29. April 1863.
Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

z.v.193. Nr. 4454. Stodach. (Deffentliche Vorladung und Zahlung.) Der von Hause abwesende Schneidergeßell Ferdinand Hornstein von Engen, welcher wegen Fälschung einer Privaturkunde in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich **binnen 14 Tagen** hier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis werde gefällt werden. Zugleich wird um Zahlung und Einlieferung des Geldes gebeten.
Stodach, den 25. April 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.